

Willenserklärung

der Teilnehmer der 11. Protestveranstaltung des OKV zum 3. Oktober 2017

Der 3. Oktober ist auch 27 Jahre nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik kein "Tag der deutschen Einheit". An diesem Tag wurden nicht zwei Staaten „vereint“, sondern das DDR-Gebiet wurde – ohne das deutsche Volk darüber entscheiden zu lassen – der BRD einverleibt. Die DDR wurde annektiert. Die Nachkriegsordnung wurde beendet.

Viele ältere Teilnehmer dieser Protestveranstaltung haben den faschistischen Weltkrieg am eigenen Leibe erlebt. Sie haben Familienangehörige verloren, barbarische Bombennächte durchlebt und waren Teil der Deutschland durchziehenden Flüchtlingsströme. Sie waren Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandskampfes. Sie waren Aktivisten des Aufbaues eines friedlichen Deutschland.

Deshalb schmerzt uns besonders, dass an die Stelle einer aktiven DDR-Friedenspolitik die grundgesetzwidrige BRD-Kriegspolitik gesetzt wurde.

Uns erfüllt mit Abscheu, dass unter der Regierung der BRD Hetze gegen Russland und aktive Kriegsvorbereitung an dessen Grenzen wieder zum politischen Alltag geworden sind.

Dem stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen.

Wir danken den Völkern der Sowjetunion für ihren heldenhaften und opferreichen Kampf zur Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Barbarei. Wir würdigen die heutige Rolle Russlands für die Erhaltung des Weltfriedens gegen die imperialen Interessen der USA, der NATO und der BRD.

Wir verurteilen die Teilnahme der BRD an internationalen Kriegseinsätzen. Vor allem ostdeutsche Jugendliche dienen als Kanonenfutter für imperiale Ziele zur Rohstoffsicherung und Unterdrückung anderer Völker. Sie werden durch scheinheilige falsche Versprechen und Lügen verführt, Waffen gegen andere Völker einzusetzen.

Wir fordern die Beendigung aller deutschen Kriegseinsätze und Waffenexporte und die Rückkehr zu einer aktiven solidarischen Friedenspolitik.

Uns erfüllt mit Sorge und tiefer Anteilnahme das millionenfache Schicksal der Flüchtlinge in aller Welt, besonders der Tausenden von Toten an den künstlich geschaffenen Grenzen und Mauern.

Wir fordern, endlich durch Unterstützung statt Ausbeutung der Entwicklungsländer die Ursachen für Krieg und Armut zu beseitigen, statt die Opfer zu verleumden.

Wir wenden uns gegen jede Form des Rechtsruckes und der Faschisierung und des Missbrauches des Flüchtlingseleuds für populistische politische Ziele.

Wir rufen erneut alle linken und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich im Kampf gegen Krieg, Faschisierung und Armut noch enger zusammen zu schließen und alles Trennende beiseite zu schieben.

Uns ist bewusst: Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Deshalb kann es dauerhaften Frieden nur geben, wenn die Herrschaft des Kapitals überwunden wird. **Dafür treten wir ein!**